

Kommentar:

Historische Wende oder unsichere Zukunft?

Beginn einer neuen Ära in Indien

Das Urteil der indischen Wähler ist eindeutig: Der 'Congress (I)' soll nicht mehr alleine regieren. Dieser 111 Jahre alte Methusalem der indischen Politik erlitt die schwerste Niederlage seiner Geschichte. Wer soll aber nun Indien regieren? Die hindu-nationalistische 'Bharatiya Janata Party' (BJP) und ihre wenigen Alliierten ('Shiv Sena', 'Samata Party', 'Haryana Vikas Party', und 'Akali Dal') bilden zwar die stärkste politische Kraft; zur Regierungsfähigkeit fehlen jedoch etwa 70 Sitze. Indiens Kommunisten, de facto Regionalparteien, treten seit über einem Jahrzehnt auf der Stelle, verloren sogar bei den jetzigen Wahlen einige Sitze. Die 1989 noch so stolze 'Janata Dal', ein unermüdliches Ensemble sozial engagierter Spaltungskünstler, stellt nur noch in Karnataka und Bihar eine Kraft dar. Zusammen verlor die 'Nationale Front/Links-Front' bei dieser Wahl 4,7 Prozent der Stimmen.

Trotz der beachtlichen Zugewinne der BJP und ihrer Verbündeten sind regionale Parteien - dazu zählt auch die 'Bahujan Samaj Party' (BSP) mit ihrem Erfolg im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Uttar Pradesh (20,6 Prozent der Stimmen) sowie in Teilen von Madhya Pradesh und dem Punjab - , die eigentlichen Gewinner dieser Wahl. Sollte es diesen Parteien gelingen, ihre Stellungen zu behaupten bzw. auf Kosten der "nationalen" Parteien sogar auszubauen, dann könnte dies den multiethnischen Großstaat Indien entscheidend verändern.

Das selbstbewußte Auftreten der 'Dravida Munnetra Kazhagam' (DMK) und des erst vor kurzem gebildeten 'Tamil Maanila Congress' (TMC) in Tamil Nadu, der 'Teluga Desam Party' (TDP) Andhra Pradeshs und sogar des in Assam erneut regierenden 'Asom Gana Parishad' (AGP) bei den Bemühungen, eine alternative Regierung zu der vom Präsidenten Dr. Shankar Dayal Sharma beauftragten BJP mit ihrem Premierminister Atal Bihari Vajpayee (siehe Profil) zu bilden, signalisiert die neu gewonnene Bedeutung dieser regionalen Kräfte.

Bis Ende Mai muß sich entscheiden, ob es dem als "liberal" innerhalb der BJP eingestuften Atal Bihari Vajpayee gelingen wird, maßgebliche Kräfte aus der übrigen Parteienlandschaft als Koalitionspartner herauszubringen bzw. wenigstens zur Wahlenthaltung zu bewegen, um dadurch die Vertrauensabstimmung als Premierminister zu bestehen.

Die BJP, die ihre in der Geschichte des unabhängigen Indiens erstmals erreichte Regierungsrolle landesweit feiert und als den Beginn einer historischen Wende der indischen Politik im Sinne ihrer parteipolitischen Zielsetzungen bewertet, bemüht sich, durch Zuge-

ständnisse neue Verbündete zu gewinnen. In seiner ersten Rede an die Nation benannte Vajpayee folgende Schwerpunkte:

- Vereinfachung der Steuerstrukturen.
- 60 Prozent staatliche Finanzmittel für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.
- Implementierung von verzögerten Projekten in einem definitiven Zeitrahmen.
- Kein Mißbrauch des Artikels 356 ('Presidents Rule'), d.h. Respektierung der Regionalparteien.
- Angemessener Finanzausgleich zugunsten der Einzelstaaten.
- Umfassende Wahlrechtsreformen.
- Reservierung von einem Drittel der Sitze im indischen Parlament für Frauen.
- Außenpolitik auf der Grundlage von Frieden und Gleichheit.

Vajpayee betonte außerdem die Notwendigkeit von Kompromissen in Fragen des Zivilrechts und des Artikels 370 (besonderer Status von Jammu & Kashmir). Er stritt jedoch vehement ein Aufgeben der BJP-Parteiziele ab.

Es wird zunehmend bezweifelt, daß es der BJP schon jetzt gelingen könnte, die Gegensätze in den Reihen ihrer Gegenspieler für ihre Zwecke zu nutzen. Die kademäßig organisierte Partei mit der machtvollen fünf Millionen Organisation des Hindu-Nationalismus, dem 'Rashtriya Swayamsevak Sangh', plant bereits eine umfassende Mobilisierung in Uttar Pradesh, denn dort will sie in diesem Jahr bei den anstehenden Wahlen zum Landesparlament die absolute Mehrheit gewinnen.

Minderheitsregierung Deve Gowda?

Wer stoppt die BJP? Indiens Kommunisten wollten die Verantwortung nicht übernehmen. Ihr über 80jähriger Patriarch und Ministerpräsident von Westbengalen, Jyoti Basu, ließ sich lieber zum fünften Male in Folge als Ministerpräsident dieses keineswegs prosperierenden Bundesstaates vereidigen. Der gesundheitlich sehr angeschlagene V.P. Singh lehnte dankend die ihm einmütig angebotene Verantwortung als Premierminister ab. Allerdings spielte er bei den Verhandlungen um eine von der 'Janata Dal', unter Führung des Ministerpräsidenten von Karnataka, H.D. Deve Gowda (siehe Profil) angeführte Minderheitsregierung eine zentrale Rolle. Nur V.P. Singh ist es zu verdanken, daß die regionalen Südparteien bei der 'Dritten Kraft', die sich als Bündnis von 13 Parteien nun 'Vereinigte Front' ('United Front') nennt, überhaupt mitmachen. Karunanidhi, Ministerpräsident von

Tamil Nadu: "Wir sind nur wegen V.P. Singh dabei".

Im Hintergrund lauert der von seiner Niederlage noch sichtlich benommene 'Congress'. Die Partei erklärte gegenüber dem Präsidenten der Republik schriftlich ihre Unterstützung für eine von Deve Gowda geführte Minderheitsregierung der 'Vereinigten Front'. Der machiavellistische Narasimha Rao, der große Wahlverlierer, ließ sich trotz innerparteilichen Widerstands erneut zum Fraktionsvorsitzenden seiner Partei im indischen Parlament bestätigen. Auch sein Amt als Präsident des 'Congress' steht gegenwärtig nicht in Frage. Sein einstiger Widersacher, der ehemalige Verteidigungsminister und mehrfache Ministerpräsident von Maharashtra, Sharad Pawar, kehrt in die nationale Politik zurück und sieht es als seine Hauptaufgabe an, die Parteiorganisation von Delhi aus neu aufzubauen. Sollte Präsident Shankar Dayal Sharma dem Führer der zweitstärksten Fraktion im Unterhaus den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen, dann ist keineswegs auszuschließen, daß schon zu Beginn des neuen Parlaments P.V. Narasimha Rao über eine keineswegs nur theoretische Chance verfügt, zum Architekten einer Koalitionsregierung zu werden.

Vieles spricht jedoch dafür, daß der 'Congress', auch auf Druck seiner "Jungtürken" (Rajesh Pilot, Ghulam Nabi Azad, Mamta Banerjee etc.), sowie Indiens Kommunisten und Linksparteien eine Minderheitsregierung der 'Vereinigten Front' unter Deve Gowda unterstützen werden, obwohl einige Landesverbänden des 'Congress', aufgrund ihrer Gegnerschaft zu Mitgliedsparteien der 'Vereinigten Front', massive Stimmung gegen eine Unterstützung dieser "Regenbogenkoalition" machen. Ob diese Mehrparteienkoalition selbst unter der Führung eines sehr erfahrenen Politikers wie H.D. Deve Gowda längere Zeit überdauern oder an ihren inneren Widersprüchen (u.a. Streit um die Verteilung des Wassers des Cauveri-Fluß zwischen Karnataka und Tamil Nadu) alsbald zerbrechen wird, kann sicherlich nicht nur aus den bisher leidvollen Erfahrungen mit solchen Experimenten in Indien abgeleitet werden.

Viel wird davon abhängen, ob es dem 'Congress' wirklich gelingen kann, die Parteiorganisation speziell in seinen einstigen Hochburgen in Nordindien wieder aufzubauen. Raos Strategie, ähnlich wie dies Rajiv Gandhi 1991 mit der Minderheitsregierung von Chandra Shekhar tat, in einem günstigen Moment die Minderheitsregierung zu Fall zu bringen, beziehungsweise zur Selbstaufgabe zu zwingen, könnte sich angesichts der neuen Kräfteverhältnisse auch als Bumerang erweisen.

Wer immer die Regierung bilden wird, das Damoklesschwert politischer Instabilität wird seine Amtszeit begleiten. Indiens Unternehmer könnten sich mit einer BJP, die sich zur Wirtschaftsliberalisierung bekennt, durchaus anfreunden. Aber selbst Deve Gowda spricht sich eindeutig für eine Fortdauer der Liberalisierungspolitik aus. Der aus bäuerlichen Verhältnissen stammende Ingenieur will aber auch viel für die Landwirtschaft und eine Besserung der Lebensverhältnisse auf dem Lande tun. Es bleibt nur abzuwarten, wie weit die säkular orientierten Segmente der politischen Klasse, die sich selbst nach fünf Jahren noch keineswegs in eindeutige Befürworter einer sozial orientierten Marktwirtschaft verwandelten, ihm angesichts ihrer ideologischen Positionen den nötigen Spielraum gewähren.

Indiens Wähler haben mit ihrer Entscheidung den

Druck auf die politische Klasse verstärkt. Die Regionalparteien und auch der beachtliche Erfolg der 'Bahujan Samaj Party' sind eine Absage an zentralistisch geleitete und überwiegend ideologisch orientierte Zukunftsentwürfe von Gesellschaft. Die stimmenmäßige Stagnation der BJP und ihrer Protagonisten eines hindu-nationalistischen Indiens belegt dies. Indiens Wähler identifizieren sich größtenteils mit ihrer Region. Sie fordern heute und wohl in Zukunft noch vermehrt sichtbare und ihnen nutzende Ergebnisse der Politik auf föderaler Grundlage. Vielleicht könnte ein von vielen als Interimspremier eingestufte Deve Gowda, der gerade dort seine Prioritäten sieht - immerhin leben noch ca. 75 Prozent der indischen Bevölkerung auf dem Lande -, sich als der geeignete Hoffnungsträger solcher Ambitionen erweisen und länger regieren, als dies ihm gegenwärtig viele noch zubilligen.

Angesichts der inneren gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Dynamik stehen alle indischen Parteien vor der Aufgabe, mit pragmatischen und wirkungsvollen Konzepten zukunftsgestalterisch das Land in das nächste Jahrhundert zu führen. Die "Mantras" (Gebetsmühlen) von gestern erweisen sich zunehmend als Leerformeln. Indiens immer wieder unberechenbare Wähler zwingen die Parteien in dem keineswegs so fest verankerten Herrschaftssystem dazu, verstärkt Rechenschaft über ihr Tun zu geben. Die säkularen nationalen und regionalen politischen Kräfte stehen vor der Aufgabe, eine funktionsfähige Koalitionsregierung mit sinnvollen Reformansätzen für Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu bilden, wenn sie verhindern wollen, daß trotz der Wirtschaftserfolge die keineswegs beendete strukturelle Krise (Massenarmut, Massenarbeitslosigkeit etc.) jene Kräfte im hindu-nationalistischen Lager stärken wird, die nach dem "bürgerlichen Antlitz" der BJP unter Vajpayee die Karte einer Allianz mit den fundamentalistischen ('Vishwa Hindu Parishad', 'Bajrang Dal', RSS) und den faschistoiden Kräften in 'Shiv Sena' erneut ziehen wollen. Schon droht BJP-Innenminister Dr. Muli Manohar Joshi mit der "Balkanisierung Indiens, wenn das Mandat des Volkes untergraben wird." Rechtsaußen Bal Thackeray prognostiziert, "nur eine BJP-geführte Regierung könne Indien vor einem Bürgerkrieg bewahren".

Dieses Spiel mit der Angst von maßgeblichen Repräsentanten der neuen Regierung zeigt, auf welchem dünnem innenpolitischen Boden eine Regierung der 'Vereinigten Front' in Zukunft agieren muß, wenn sie erfolgreich die historische Wende einer Machtübernahme durch die Hindu-Nationalisten über eine funktionsfähige Koalitionsregierung vereiteln will.

Surinder Mohan, Mitglied des höchsten Führungskreises der 'Janata Dal' und einst Generalsekretär der indischen Sozialisten, erwartet "weiteres Drama" bis es zur endgültigen Bildung einer Regierung kommt.

Denkbar wäre auch, daß Präsident Sharma angesichts des möglichen Szenarios politischer Instabilität sogar eine "Regierung der nationalen Einheit" anstrebt. Das Roulette indischer Innenpolitik birgt anscheinend noch manche Überraschungen, die jedoch erst nach der Vertrauensfrage Vajpayees Gestalt annehmen können.

(Klaus Voll)